

AMS report

129

Alexandra Weiss

Von der industriellen Reservearmee zur Ich-AG

Frauenarbeit in Österreich
im Strukturwandel des Kapitalismus

Herausgegeben vom
Arbeitsmarktservice Österreich

AMS
Arbeitsmarktservice Österreich

129

AMS report

Alexandra Weiss

Von der industriellen Reservearmee zur Ich-AG

Frauenarbeit in Österreich
im Strukturwandel des Kapitalismus

Herausgegeben vom
Arbeitsmarktservice Österreich

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Arbeitsmarktservice Österreich, Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, Sabine Putz, René Sturm, A-1200 Wien, Treustraße 35–43 • Mai 2018 • Umschlagbild und Grafik: Lanz, Wien • Druck: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., A-3580 Horn

© Arbeitsmarktservice Österreich 2018
ISBN 978-3-85495-605-3

Inhalt

1 Einleitung **5**

2 Geschlechtliche Arbeitsteilung im sozialstaatlich organisierten Kapitalismus **7**

3 Strukturwandel der Arbeit und Geschlecht **10**

Exkurs: Geschlechtliche Identität und Arbeit 13

4 Krise der Reproduktion **16**

5 Bedingungen der Politisierung **18**

Gesellschaftliche Grundwerte: Freiheit – Gleichheit 18

Die Einverleibung und die Trennung von Kritik(en) 20

6 Perspektiven einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik **22**

7 Literatur **26**

Anhang **31**

Von der industriellen Reservearmee zur Ich-AG.
Frauenarbeit im Strukturwandel des Kapitalismus (Folienvortrag) 31

1 Einleitung

wenn einer ein schicksal erlebt, dann nicht hier.
wenn einer ein schicksal hat, dann ist es ein mann.
wenn einer ein schicksal bekommt, dann ist es eine frau.
Elfriede Jelinek, Die Liebhaberinnen, Roman 1975

In ihrem Roman »Die Liebhaberinnen« beschreibt Elfriede Jelinek die Arbeits- und Lebensrealitäten von Arbeiterinnen und die Unmöglichkeit, ein Leben in Selbstbestimmung zu führen. Sie beschreibt auch den Zwang und die Norm, sich in der Verwirklichung eines »(…) guten Lebens« an einem Mann auszurichten, nicht aus Liebe, die nur Mittel zum Zweck ist, »(…) ein falsches Gefühl«, wie eine der Protagonistinnen des Romans sagt, sondern aus strategischen Erwägungen. Der Roman ist eine Geschichte des Scheiterns der Frauen in der österreichischen Provinz, in der die Möglichkeiten noch beschränkter sind. Sie scheitern, obwohl sie verzweifelt versuchen, ihr Schicksal zu gestalten – denn ein eigenständiges Leben für Frauen ist nicht vorgesehen. Der Weg zu Ansehen und sozialer Sicherheit führt für eine Arbeiterin in einer kapitalistischen und patriarchal strukturierten Gesellschaft auch oder gerade im »Goldenen Zeitalter des Wohlfahrtsstaates« über die Ehe. Denn das politische Subjekt des Sozialstaates ist der Arbeitsbürger, und dass er eine Hausfrau hat, dies gehört mit zum Programm. Die Arbeiterin soll nicht Bürgerin sein, sondern die Ehefrau des Arbeitsbürgers – und ihm untergeordnet.

Nun hat sich seit den 1970er-Jahren, als Jelinek ihren Roman schrieb, einiges verändert. Die Geschlechterordnung scheint weniger rigide, Bildungsreformen haben Frauen zu höheren Qualifikationen und sozialem Aufstieg verholfen. Die Erfolge von Frauenbewegung und staatlicher Frauenpolitik haben vieles in Bewegung gebracht. Es scheint, als hätten Frauen noch nie über so viel Autonomie in der Gestaltung ihres Lebens, über so viele Handlungsoptionen verfügt als jetzt – und dennoch sind Frauen immer noch von einem höheren Armutsrisiko betroffen, insbesondere die Altersarmut ist für viele – nicht nur geringqualifizierte – Frauen durch die Pensionsreform 2003 programmiert, und die geschlechtsspezifische Differenz der Erwerbseinkommen (aber auch der Vermögen) bleibt konstant hoch.

Es waren aber nicht nur die Frauenbewegung und andere soziale Bewegungen sowie staatliche Frauenpolitik, die die Gesellschaft in Bewegung gebracht und Veränderungen angestoßen haben. Es war auch eine politische oder legitimatorische Krise des Nachkriegskapitalismus und – etwas zeitverzögert, insbesondere in Österreich – eine ökonomische Krise, die eine

Transformation des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus einleiteten. Die Begriffe der »Industriellen Reservearmee« und der »Ich-AG« oder des »Arbeitskraftunternehmers«, wie es in der Arbeitsforschung heißt, deuten zumindest einen Aspekt der Veränderung – den der Neu-Strukturierung von (Erwerbs-)Arbeit – an, der sich ab den 1980er-Jahren abzuzeichnen begann. Wurden die Fabrik und die Organisation der Arbeit dort von den sozialen Bewegungen als »Disziplinarordnung«, ähnlich jener des Militärs, kritisiert, scheint die Ich-AG frei von den Zwängen der zeitlichen und örtlichen Gebundenheit. Die Disziplinierung wurde ins Innere der Menschen verlegt, sie disziplinieren sich selbst, sie werden immer mehr zu »UnternehmerInnen ihrer selbst«, die ihre Arbeitskraft erhalten, optimieren und natürlich verkaufen müssen. Dass auch diese Form der Strukturierung von Arbeit auf Frauen und Männer unterschiedlich wirkt, versteht sich vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von selbst.

Ich möchte also in meinem Beitrag den Strukturwandel des Kapitalismus und dessen Auswirkungen auf Frauen, Männer und die Geschlechterordnung erläutern. Dazu werde ich (Kapitel 2) auf die Spezifika des sozialstaatlich organisierten Kapitalismus und die in diesem Kontext sozial- und arbeitsmarktpolitisch abgesicherte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung eingehen. In einem zweiten Schritt (Kapitel 3) wird der Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeit ab den 1980er-Jahren, der mit einer Deregulierung von Arbeitsverhältnissen und einem Um- und Abbau des Sozialstaates verbunden ist, beleuchtet. Folge davon ist (Kapitel 4) eine »Krise der Reproduktion«, die sich durch einen steten Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge der Menschen ergibt. Abschließend soll (Kapitel 5) auf die Transformation des Politischen im neoliberalen Kapitalismus und die damit veränderten Bedingungen der Politisierung von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit eingegangen werden, um (Kapitel 6) mit Perspektiven für eine emanzipatorische Geschlechterpolitik zu enden.

2 Geschlechtliche Arbeitsteilung im sozialstaatlich organisierten Kapitalismus

In der Auseinandersetzung um Arbeit und Geschlechterverhältnisse geht es immer auch um die Minderbewertung von Frauenarbeit, und zwar sowohl in der Erwerbsarbeit als auch in der Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, Erziehung, Pflege). Wenn wir über Arbeit, Arbeitsteilung und den Wert, der Arbeit zugeschrieben wird, nachdenken, müssen die ideologischen Grundlegungen liberaler Theorie des 18. Jahrhunderts und die politischen und sozialen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts mitbedacht werden, die ihre langen Schatten bis in unsere Gegenwart werfen. Denn mit der »(…) bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft [wurde] die Ressource ›Geschlecht‹ neu ›erfunden‹«.[1] Der Geschlechterdifferenz wurde in diesem historischen Kontext eine neue Bedeutung zugewiesen. Sie strukturierte die Gesellschaft und wurde ein Instrument zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit und Abwertung von Frauen. Frauenerwerbsarbeit wird in dieser Zeit zunehmend als »unnatürlich«, als nicht legitim oder gar als »unmoralisch« betrachtet. Die Bereiche der Frauen sollen nur das Haus und die Familie sein. Das konnte zwar die Erwerbstätigkeit von Frauen kaum zum Verschwinden bringen, aber ihre Arbeitsbedingungen verschlechterten sich deutlich.[2] Diese bürgerliche Geschlechterideologie des 18. und 19. Jahrhunderts setzte das so genannte »Familienerhalter-Hausfrauen-Modell« als Norm. Für einen Großteil der Bevölkerung wurde dieses Modell aber erst in der Mitte des 20. Jahrhunderts Realität, und zwar mit dem Sozialstaat.

In den Nachkriegsjahrzehnten wurde die Figur der »Nur«-Hausfrau (mehr oder weniger) verallgemeinert: Die Etablierung einer bestimmten Familienform, nämlich der Kleinfamilie mit ihrer spezifischen geschlechtlichen Arbeitsteilung und Arbeitsbewertung, machte selbige zu einer zentralen »Institution« des sozialstaatlichen Kapitalismus. Abgesichert wurde die Alleinverdiener-Hausfrauen-Ehe auch über die Institution des Familienlohnes,[3] der garantieren sollte, dass der Mann alleine für das nötige Einkommen sorgen konnte. Darüber hinaus wurde das Modell über wohlfahrtsstaatliche und familienpolitische Maßnahmen gestützt. Frauen und Männer wurden in die kollektiv organisierten Formen von Umverteilung und Solidarität im

1 Wetterer 2002, Seite 43.

2 Vgl. Scott 1994.

3 Vgl. Fraser 2001 [1997].

Sozialstaat grundlegend verschieden eingebunden: Männer über die Sozialversicherung und Frauen über die Ehe / Familie.[4] Eine Absicherung der Reproduktionsarbeit war und ist nicht vorgesehen.

Die 1950er- und 1960er-Jahre waren die Blütezeit der Kleinfamilie, die sich hier in einem Ausmaß in allen sozialen Schichten durchsetzte wie niemals zuvor oder danach: 90 Prozent aller Menschen in Österreich heirateten, 85 Prozent aller Frauen gebaren mindestens ein Kind.[5] Vor diesem Hintergrund entsteht die ideologische Überhöhung der Hausfrauen-Ehe, die postulierte, dass weibliche Erwerbstätigkeit an sich eine Ausnahmeerscheinung sei, die es zu überwinden gelte. Hausfrau- und Mutter-Sein wird in den ideologischen Kämpfen der Nachkriegsjahrzehnte zum weiblichen Lebenssinn schlechthin. Gerade weil die Geschlechterverhältnisse in dieser Zeit in Bewegung gerieten, die Frauenbeschäftigung in den letzten Kriegsjahren[6] und in der unmittelbaren Nachkriegszeit sehr hoch war und auch Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Hausfrauen-Ehe als Ideal und Inbegriff des Wohlstandes betrachteten, der nun auch für die ArbeiterInnenschaft erreichbar wurde, soll Erwerbstätigkeit von Frauen als Zeichen der Normalisierung von Geschlechterverhältnissen zurückgedrängt und als »widernatürlich« gebranntmarkt werden.[7]

Der sozialstaatliche Kapitalismus ging so für Frauen der Arbeiterklasse mit einer »Hausfrauisierung« einher, die mit den spezifischen Risiken der privaten, ökonomischen Abhängigkeit verbunden war. Entgegen der herrschenden Geschlechterideologie waren Frauen aber nie gänzlich vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, auch wenn sie im Wesentlichen auf marginalisierte und schlecht bezahlte Positionen beschränkt blieben – die Erwerbsarbeit der Frauen blieb so die verschwiegene Unterseite ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung der Nachkriegsjahrzehnte. 1951 etwa lag der Anteil der Frauen an den Beschäftigten bei 35 Prozent.[8] Der Familienlohn kann für diese Zeit noch nicht als allgemein durchgesetzt gelten. In einer Umfrage des Österreichischen Gewerkschaftsbundes aus dem Jahr 1959 gaben Frauen ihre Motive für die Berufstätigkeit an: 25 Prozent waren Alleinerhalterinnen ihrer Familien, 57 Prozent gaben den geringen Verdienst des Mannes, seine unsichere Stellung im Beruf oder Zahlungsverpflichtungen an, und 18 Prozent nannten sonstige Gründe.[9]

Mit dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften Ende der 1960er-Jahre und in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre wurde in Österreich vor allem das so genannte »Stille Arbeitskräftepotenzial« der Kinder betreuenden Frauen aktiviert. Im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes von 1968 wurden Maßnahmen beschlossen, die Müttern den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben er-

4 Vgl. Nowak 2002, Seite 461.

5 Vgl. Thurner 1995, Seite 56.

6 Im Jahr 1944 erreichte die Frauenerwerbstätigkeit einen historischen Höchststand von 60 Prozent, seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert liegt der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten durchwegs bei ca. 40 Prozent (vgl. Münz / Neyer 1986, Seite 44 f.).

7 Vgl. Münz / Neyer 1986, Seite 44 f.; Thurner 1995, Seite 55 f.; Weiss 1998, Seite 26–33.

8 Vgl. ÖSTAT 1990, Seite 158.

9 Vgl. Weiss 1998, Seite 24.

leichtern sollten, indem sie in bestimmten Fällen Kinderbetreuungshilfen in Anspruch nehmen konnten. Ein Grund für die Maßnahmen zur Aktivierung der Frauen für den Arbeitsmarkt war auch, die Zahl der »Gastarbeiter« gering zu halten.[10] Die Geschlechterordnung der Nachkriegsjahrzehnte sorgte mit der Ideologie des männlichen Familienernährers und der geschlechtsspezifischen Zuordnung von Arbeit dafür, dass Frauenlöhne Zuverdienst-Löhne blieben. Obwohl Frauen zunehmend in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert wurden, blieben sie auf den Reproduktionsbereich festgelegt und weitgehend alleinverantwortlich dafür.[11]

Diese doppelte Vergesellschaftung von Frauen sorgte dafür, dass trotz weiblicher Erwerbstätigkeit nicht auf weibliche Gratisarbeit im Haushalt verzichtet werden musste. Individualisierung, im Sinn einer Freisetzung aus beschränkenden Normen und als demokratisches Projekt moderner Gesellschaften, und soziale Gerechtigkeit erwiesen sich so als männliche Projekte; Frauen blieben ökonomisch, kulturell und sozial Männern untergeordnet und von ihnen abhängig.

Die Etablierung der Familienorientierung als weiblichen Lebenssinn schlechthin ist aber nicht Ausdruck kapitalistischen Wirtschaftens an sich, sondern einer hierarchischen Geschlechterordnung, die ideologisch fundiert ist:

1. Es wird eine Ideologie des Familialismus erzeugt, die die Familie als (einzig anzustrebende) »normale« Lebensform festlegt. Frauen wird eine Familienorientierung und Männern eine Erwerbsorientierung zugewiesen.
2. Mit weiblicher Arbeit in der Familie wird der Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaften für den Einzelnen erst lebbar – durch die Reproduktion der Arbeitskraft.
3. Mit dem Familienlohn wird es möglich, dass Frauenarbeit flexibel nachgefragt werden kann – Frauen sind die Reservearmee, die je nach Bedarf einsetzbar ist.
4. Das Mehr, dass Männer an Ressourcen in den Haushalt einbringen, sichert ihnen Dominanz in der individuellen Beziehung, weil Frauen von ihnen ökonomisch abhängig sind.[12]

10 Vgl. Khazen 1997, Seite 37.

11 Vgl. Weiss 2012, Seite 103.

12 Vgl. Kohlmorgen 2004, Seite 54 f.; Nowak 2002, Seite 460 f.

3 Strukturwandel der Arbeit und Geschlecht

Welche Veränderungen ergeben sich nun im Übergang vom sozialstaatlich regulierten zum neoliberalen Kapitalismus im Hinblick auf Arbeit und Geschlecht? Es ist eine Zeit, in der sich auch Erfolge der so genannten »Neuen Frauenbewegung« in staatlicher Politik niederschlagen. Erste Reformen zur Beseitigung frauendiskriminierender Strukturen im System der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes datieren mit Ende der 1970er-Jahre und verstärkt dann in den 1980er-Jahren. Dies ist aber gleichzeitig eine Zeitspanne, in der makroökonomische Steuerung abnahm und der Sozialstaat zunehmend in Frage gestellt wurde. Verteilungspolitische Fragen traten seit den 1980er- und noch mehr seit den 1990er-Jahren immer mehr in den Hintergrund. Zwar war schon das austrokeynesiansiche Modell von einer geringen Umverteilungswirkung und der Akzeptanz großer Einkommensunterschiede – nicht nur zwischen Frauen und Männern – geprägt, mit der neoliberalen Wende wurde die Einkommensverteilung aber zunehmend ungleicher.[13] War die Lohnquote in den 1960er- und 1970er-Jahren noch sehr stabil, so sinkt sie seit Ende der 1970er-Jahre. Von 1978 bis 2000 sank sie um sechs Prozentpunkte von 77,7 auf 71,9 Prozent. Danach hat sich der Rückgang noch beschleunigt, bis 2008 ging der Lohnanteil am Volkseinkommen auf 66,8 Prozent zurück.[14] Die Lohnquote entwickelte sich in der Nachkrisenzeit – also nach 2007/2008 – nur deshalb besser, weil die Ertragsentwicklung der Unternehmen rückläufig war.[15]

Grund für diese Entwicklung ist nicht zuletzt, dass in Folge der Wirtschaftskrise der 1970er-/1980er-Jahre ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel von einer nachfrageorientierten zu einer dominant angebotsorientierten Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde. Die Bekämpfung der Krise sollte vor allem durch Kostenersparnis (z.B. bei Steuern und Arbeitskosten) auf Seiten der Unternehmen, aber auch mittels einer ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung bewerkstelligt werden, die vor allem Sozialausgaben betraf. Außerdem kommt es zu einer Etablierung atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse mit geringeren Lohn- und Lohnnebenkosten. Diese Strategie wirkt geschlechtsspezifisch unterschiedlich: Zum einen, weil Frauen in Bezug auf ihre (persönliche) Unabhängigkeit und Arbeitsmarktintegration stärker auf den Sozialstaat angewiesen sind als Männer – ein Abbau sozialstaatlicher Leistungen trifft sie daher

13 Vgl. Unger 1999, Seite 166 f., Seite 187; Guger et al. 2009, Seite 22–24.

14 Vgl. Guger et al. 2009, Seite 24.

15 Vgl. BMASK 2017, Seite 234.

unmittelbarer –, zum anderen, weil das Segment der neuen (atypischen) Beschäftigungsformen überwiegend weiblich ist, was an der in Österreich extrem hohen Teilzeitquote sichtbar wird.

Tabelle: Teilzeitquote unselbständig Erwerbstätiger seit 1974 in Österreich, in Prozent

Jahr	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2010	2015
Gesamt	7,1%	7,5%	7,1%	8,8%	12,8	16,4%	20,7%	24,5%	25,0%	28,3%
Frauen	17,5%	17,8%	16,2%	20,1%	25,8	33,0%	39,4%	43,5%	44,3%	47,5%
Männer	1,2%	1,5%	1,4%	1,6%	3,0	3,3%	4,6%	7,3%	7,3%	11,2%

Quelle: Statistik Austria 2011 und 2017b

Die Teilzeitquote von Frauen liegt deutlich über dem EU-27-Durchschnitt, der 2010 bei 31,5 Prozent lag,[16] 2016 lag die Teilzeitquote der EU-28 im Durchschnitt nach wie vor bei 31,4 Prozent, in Österreich bei 47,7 Prozent – nur die Niederlande weisen in der Regel eine höhere Teilzeitquote als Österreich auf.[17] Die Entwicklung der Teilzeitquote von Frauen hängt in Österreich eng mit der Situation in der vor- und außerschulischen Kinderbetreuung zusammen. Auch wenn in Österreich der familiären Kinderbetreuung der Vorzug gegeben wird, ist dennoch eine kontinuierliche Zunahme der institutionellen Betreuung zu verzeichnen. Festzustellen sind nach wie vor große regionale Unterschiede, weil vor- und außerschulische Kinderbetreuung in der Kompetenz der Bundesländer liegt. So weist Wien im Jahr 2016 in der Gruppe der Null- bis Zweijährigen eine Betreuungsquote von 44,3 Prozent auf, Tirol eine Quote von 24,7 Prozent, Vorarlberg eine von 24,2 Prozent und die Steiermark hingegen nur eine von 14,2 Prozent. Bei den Drei- bis Fünfjährigen liegt die Betreuungsquote zwischen 86,7 Prozent in der Steiermark und 97 Prozent im Burgenland. In der Altersgruppe der sechs- bis neunjährigen Kinder (Österreich-Durchschnitt: 16,2 Prozent) sinkt sie – trotz der Institution der unregelmäßigen Stundenschule – wieder auf 23,6 Prozent in Wien, zehn Prozent in Tirol oder 5,3 Prozent in der Steiermark.[18]

Die Situation von Frauen stellt sich also als Kombination einer verstärkten Arbeitsmarktintegration bei gleichzeitiger Entkoppelung der Erwerbsarbeit von sozialer Sicherheit dar. Bestimmte Ansprüche auf soziale Absicherung können mitunter gar nicht mehr erworben werden (wie z.B. bei Werkverträgen oder Freien Dienstverträgen, die sich auch des Öfteren im Graubereich zu scheinselbständigen Arbeitsverhältnissen bewegen) oder nur in einem nicht existenzsichernden Ausmaß (z.B. bei Teilzeitbeschäftigungen).

16 Vgl. Statistik Austria 2011; European Commission 2010, Seite 71.

17 Vgl. Statistik Austria 2017b; Eurostat 2017.

18 Vgl. Statistik Austria 2017c.

Drei Dimensionen in der Entwicklung der Erwerbsarbeit sind dabei festzustellen:

1. Eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen aufgrund steigernder Qualifikationen, aber auch aus einer materiellen Notwendigkeit heraus.
2. Ein Prozess der Prekarisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen, die für Unternehmen eine flexible Anpassung an ökonomische Erfordernisse und eine Reduzierung der Arbeitskosten ermöglichen.
3. Ein generelles Absinken des Lohnniveaus, wobei die Lohnschere zwischen Frauen und Männern sich nicht schließt, sie bleibt konstant – 2016 kamen die Frauen auf 62 Prozent der Männer-Einkommen (Brutto-Jahreseinkommen unselbständig Erwerbstätiger).[19]

Aber auch die Ablösung einer hierarchischen Arbeitsorganisation, hier vor allem durch computerbestimmte / digitalisierte Arbeitsprozesse und flache Hierarchien, bedeutet eine radikale Veränderung der Arbeitsbedingungen. Damit hat sich auch das Selbstverhältnis der Erwerbstätigen verändert. Die Schlagworte vom »Unternehmerischen Selbst« oder von der »Subjektivierung der Arbeit« machen deutlich, dass das Einbringen persönlicher Potenziale nicht nur Freiheit und Kreativität im Arbeitsprozess bedeuten, sondern schon längst zum Zwang geworden ist. Die beiden Sozialwissenschaftler Günter Voß und Hans Pongratz analysieren diese Entwicklung als »Herrschaft durch Autonomie«.[20]

Ende der 1990er-Jahre beschrieben sie einen sich herausbildenden neuen Typus der Arbeitskraft im modernen Kapitalismus, nämlich den so genannten »Arbeitskraftunternehmer«.[21] Charakterisiert ist dieser Arbeitskrafttypus durch folgende Eigenschaften:

- **Selbst-Kontrolle** als verstärkte selbständige Planung, Steuerung und Überwachung der eigenen Tätigkeit;
- **Selbst-Ökonomisierung** als zunehmend aktiv zweckgerichtete »Produktion« und »Vermarktung« der eigenen Fähigkeiten und Leistungen, auf dem Arbeitsmarkt wie innerhalb von Betrieben und
- **Selbst-Rationalisierung** als bewusste Durchorganisierung von Alltag und Lebensverlauf und die Tendenz zur Verbetrieblichung der Lebensführung.[22]

Auch wenn diese Eigenschaften bzw. Anforderungen nur die Realität einer kleinen Gruppe von Erwerbstätigen – vor allem Qualifizierte – beschreiben, so vermitteln sie dennoch Leitbilder und Normen für alle.[23]

Flankiert wird diese scheinbare Selbstbestimmtheit im Arbeitsprozess von einem Um- und Abbau des Sozialstaates – ideologisch verarbeitet als Eigenverantwortlichkeit der BürgerInnen,

19 Vgl. Statistik Austria 2017a.
20 Pongratz / Voß 2004 [2003], Seite 22 f.
21 Vgl. Voß / Pongratz 1998.
22 Vgl. Pongratz / Voß 2004 [2003], Seite 24.
23 Vgl. Dörre 2009, Seite 68.

die aus den Fängen des »Entmündigenden Sozialstaates« entlassen werden sollen. Die Bearbeitung gesellschaftlicher Widersprüche wird damit in das Individuum hineinverlagert, während gleichzeitig – durch den Abbau sozialer Sicherheit – die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit geschwächt wird. Erwerbstätige werden den Risiken des Marktes wieder unmittelbarer und ungeschützter ausgeliefert, was nicht nur mit materieller Existenzunsicherheit und mangelnder Planungssicherheit einhergeht, sondern auch mit einer Reduktion sozialer, kultureller, politischer und zum Teil auch rechtlicher Teilhabe.[24]

Das Ansteigen der Frauenerwerbstätigkeit ist vor diesem Hintergrund zwiespältige: Es erhöhte sich in den letzten Jahren vor allem die Zahl der Arbeitsplätze von Frauen, während das Beschäftigungsvolumen stagniert oder sich nur in geringem Maße erhöht. Die Zuwächse in der Frauenbeschäftigung bestanden überwiegend aus zeitlich reduzierten Arbeitsverhältnissen – ein Trend der bis heute anhält. Die Rolle der Frauen als Zuverdienerinnen wird damit weiter festzementiert.[25]

Exkurs: Geschlechtliche Identität und Arbeit

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu beschreibt in seinem Buch »Die männliche Herrschaft«, wie die hierarchische Geschlechterordnung – insbesondere auch durch Arbeitsteilung – immer wieder hergestellt wird:

> Die soziale Ordnung [funktioniert] wie eine gigantische symbolische Maschine zur Ratifizierung der männlichen Herrschaft (...): Da ist die geschlechtliche Arbeitsteilung, die äußerst strikte Verteilung der Tätigkeiten, die einem der beiden Geschlechter nach Ort, Zeit und Mitteln zugewiesen werden.[26]

Männliche Herrschaft und Überordnung äußeren sich auch und gerade in der Verteilung und Zuweisung von Arbeit – in der unbezahlten Reproduktionsarbeit, in der vertikalen und horizontalen geschlechtlichen Segregation des Arbeitsmarktes und der Abwertung aller als weiblich konnotierten Tätigkeiten.

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Erwerbsarbeit, der zunehmenden Arbeitsmarktintegration von Frauen und dem Faktum, dass Männerlöhne immer weniger Familienlöhne sind, wurde vielfach die Frage diskutiert, ob diese Tendenzen eine egalitärere Geschlechterkultur hervorgebracht hat bzw. ob sich das Selbstverhältnis der Menschen, also der Zusammenhang von Arbeit und geschlechtlicher Identität, verändert hat. Dass das »Erwerbsarbeit-Haben« und eine Vielzahl konkreter Arbeiten / Tätigkeiten eng mit geschlechtlichen Identitäten verknüpft sind, ist nicht neu. So ist z.B. die Produktion männlich, der Dienstleistungs-

24 Vgl. Aulenbacher / Riegraf 2012, Seite 65.
25 Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte 2006, Seite 17 f.
26 Vgl. Bourdieu 2005, Seite 21 f.

bereich weiblich; ebenso wie Führungspositionen männlich und untergeordnete Positionen weiblich konnotiert sind. Diskontinuität in der Erwerbsbiographie ist für Frauen die Normalität und mit ihrer geschlechtlichen Identität vereinbar, während Arbeitslosigkeit für Männer mit Identitätskrisen verbunden sein kann.

Es war also nicht nur die Frauenbewegung, die die Verbindung von Arbeit bzw. bestimmten Tätigkeiten und geschlechtlicher Identität zumindest in Frage stellte. Drastischere Erschütterungen gingen wohl von der Neustrukturierung der Arbeit im neoliberalen Kapitalismus aus. Wie Prekarisierung wirkt und von den Individuen verarbeitet wird, kann entlang der Grundmechanismen der oben skizzierten sozialen Ordnung und der ihr eingeschriebenen männlichen Herrschaft nachvollzogen werden. Der geschlechtliche Habitus, was sich Frauen und Männer als männliches und weibliches Verhalten aneignen, legt bestimmte Handlungsstrategien nahe. Dass weibliche Abhängigkeit und (ökonomische) Unselbständigkeit so Normalität bleiben, zeigt sich auch darin, dass sich Frauen überdurchschnittlich in atypischen, nichtexistenzsichernden beruflichen Positionen befinden. Die Vergeschlechtlichung von Karrieren und Stellen ist die Hintergrundfolie, die die gesellschaftliche Ordnung und das Handeln der Menschen in Bezug auf Arbeit bestimmt.[27]

Der deutsche Soziologie Klaus Dörre (2007) zeigt, wie die Vergeschlechtlichung von Arbeit die Verarbeitungsmuster von prekär Beschäftigten bestimmt – zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen: Eine Verkäuferin im Einzelhandel, sie bezeichnet sich als Zuverdienerin, identifiziert sich in erster Linie mit ihrer Tätigkeit als Hausfrau und Mutter. Die Identifikation mit dieser Alternativrolle lässt das Arrangement mit dem prekären Job lebbar erscheinen. Stärker sinnstiftend empfindet sie die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter. Sie würde ihre Arbeitszeit gerne so wählen, dass sie diese Rolle optimal ausfüllen kann. Das Arbeitszeitregime der Filialkette steht dem aber entgegen und greift so genau jene soziale Identität an, die dem Beschäftigungsverhältnis subjektiv den prekären Charakter nimmt. Daher fühlt sich die befragte Verkäuferin in gewissem Sinn »entweiblicht«, weil die flexible Verfügbarkeit, die der Betrieb verlangt, mit der Rolle der fürsorglichen Ehefrau und Mutter nicht vereinbar ist.[28]

Umgekehrt wird bei einem männlichen Leiharbeiter eine so empfundene »Zwangsfeminisierung« beschrieben. Während einer Phase der Leiharbeit konnte er die Rolle des Familienernährers nicht einnehmen und fühlte sich nicht mehr als »richtiger Mann«. Er musste darüber hinaus eine Tätigkeit verrichten, die nach seinem Verständnis Frauenarbeit ist – er fühlte sich »verweiblicht«.[29]

Diese Verarbeitungsmuster deuten auf eine recht ungebrochene Wirksamkeit von Vorstellungen typisch männlicher und typisch weiblicher Arbeit hin. Fügt man sich in eine prekäre, nicht qualifikationsgerechte Erwerbstätigkeit, ist dies für den männlichen Leiharbeiter gleichbedeutend mit einem Verlust von Männlichkeit. Das Verarbeitungsmuster der Verkäuferin, mit

27 Vgl. Dörre 2007, Seite 293.
28 Vgl. ebenda, Seite 296.
29 Ebenda, Seite 296 f.

dem Ausweichen auf die Alternativrolle der Hausfrau und Mutter, ist ein explizit frauenspezifisches Muster, das nur in Kombination mit einer Partnerschaft möglich ist. Diese Alternativrollenstrategie ist aber nicht nur eine frei gewählte, die letztlich auch männliche Herrschaft stützt, sie ist – etwa angesichts mangelnder institutioneller Kinderbetreuung – auch einer erzwungene. Die Destabilisierung der männlichen Ernährerrolle führt aber offenbar nicht zur Aufgabe der Alternativrollenstrategie von Frauen. Die betroffenen Frauen suchen vielmehr Halt in ihrer Rolle jenseits der Erwerbsarbeit.[30]

Auch in einer Studie über Arbeitslosigkeit in Tirol und zur Verarbeitung der Individualisierung sozialer Ausgrenzung[31] konnten die Wirksamkeit der Verknüpfung des Selbstverständnisses von Frauen und Männern mit Erwerbsarbeit sowie geschlechtsspezifische Verarbeitungsmuster von Arbeitslosigkeit nachvollzogen werden. Sowohl Frauen als auch Männer beurteilten in den Interviews die Arbeitslosigkeit von Männern als existenziell bedrohlicher als die von Frauen. Kinderbetreuung und Haushaltsführung scheinen für Frauen nicht nur Alternative zur Erwerbsarbeit, sondern – im Gegensatz zu Männern – auch Legitimation gegenüber einer Arbeitslose ausgrenzenden und abwertenden Umwelt.

Wie es Frauen und Männer vor diesem Hintergrund individuell verarbeiten, »Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist« haben die Sozialwissenschafterinnen Cornelia Koppetsch und Sarah Speck (2015) in ihrer gleichnamigen Studie untersucht. In der Regel wird die Tatsache heruntergespielt und führt kaum zu Veränderungen in der Verteilung von Haus- und Familienarbeit. Interessant ist, dass es gerade bei den höherqualifizierten, egalitärer eingestellten Paaren nicht gelingt, eine Gleichverteilung der familiären Verpflichtungen zu bewerkstelligen – die bleiben Frauensache. Anders bei Paaren aus dem Arbeitermilieu: Auch wenn der Umstand kaschiert wird, dass die Frau die Familienernährerin ist, so übernehmen Männer hier doch eher die Reproduktionsarbeit – hier setzt sich offenbar ein gewisser Pragmatismus durch. Leichter in die Rolle des Hausmannes finden grundsätzlich jene Männer, die einen weniger erwerbszentrierten Lebensentwurf haben. Bei Frauen ist es entscheidend, dass sie von den klassischen Mustern der Partnerwahl abrücken – dazu gehört u.a., dass der Mann mindestens über den gleichen sozialen Status verfügen muss (und dazu in der Regel auch älter und größer sein soll).[32]

Zu berücksichtigen ist hier auch, dass eine Frau ihren höheren sozialen Status in der Regel nicht auf ihren Mann übertragen kann, was umgekehrt Normalität ist. Die Unsicherheit in den Verhältnissen, die geringere Planbarkeit des Lebens und der Zukunft führen offenbar zu einer (Re-)Traditionalisierung von geschlechtlichen Identitäten. Vor diesem Hintergrund betrachtet wirkt die Prekarisierung von Arbeit und Leben gegen Egalität und Demokratisierung von Geschlechterverhältnissen.

30 Vgl. ebenda, Seite 297 f.

31 Vgl. Weiss / Gensluckner 2012, Seite 34–37.

32 Vgl. Koppetsch / Speck 2015, Seite 235–240.

4 Krise der Reproduktion

Mit den Veränderungen der Erwerbsarbeit und den Familienstrukturen auf der einen Seite und jenen des sozialstaatlichen Gefüges auf der anderen Seite ergeben sich neue Rahmenbedingungen für die Organisation der Reproduktion. Man könnte somit sagen: »Die Daseinsfürsorge gerät in eine Zange!« Während der Staat seine Verantwortung dafür nach und nach aufgibt, fehlt den Menschen dafür zunehmend die Zeit und / oder das Geld. Das heißt aber auch, dass immer mehr von dieser Reproduktionsarbeit ungetan bleibt oder unter schlechteren Bedingungen verrichtet werden muss. In der Debatte um die Veränderung von Erwerbsarbeit und Sozialstaat wird die Frage der Reproduktion aber kaum explizit formuliert.

Obwohl Frauen nun zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert werden, kommen sie zugleich wieder verstärkt als Wohlfahrtsproduzentinnen in den Blick, auch wenn dies meist nur implizit angedeutet und nicht offen als Aufgabe von Frauen formuliert wird. Familien sollen – vor dem Hintergrund des Sozialstaatabbaus und einer damit verbundenen allgemeinen Verunsicherung und Entsolidarisierung – der vorrangige Ort von Sicherheit sein, obwohl das Familienerhalter-/Hausfrauenmodell erodiert. Man könnte sagen, es existiert in einer bestimmten Form weiter: Modernisiert als »Eineinhalb-ErnährerInnen«-Modell,[33] weil das politisch – auch von der Europäischen Union – angestrebte Ziel des Zwei-Verdiener-Modells nicht erreicht wird. Frauenarbeit in Produktion oder Reproduktion fungiert also als »Sozialkitt«, der das Aufbrechen sozialer Verwerfungen zumindest verzögert – um den Preis der Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen.

Dies liegt zum einen am konservativen Wohlfahrtsmodell Österreichs, also den fehlenden institutionellen Rahmenbedingungen, aber auch an der Absenz der Männer in der Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit. So übernehmen österreichische Männer nur etwas mehr als ein Viertel der Kinderbetreuung und ein knappes Viertel der übrigen Hausarbeit. Selbst wenn Lebensformen partnerschaftlicher geworden sind, stellt sich, sobald Kinder zu betreuen oder kranke, alte Angehörige zu pflegen sind, sehr rasch wieder eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ein.[34]

33 Vgl. Lewis 2007, Seite 52.

34 Vgl. Bundesministerium für Frauen und Öffentlichen Dienst 2010, Seite 429, Seite 434.

Obwohl nun schon seit geraumer Zeit ein demographischer Wandel prognostiziert wird, reagiert die Politik kaum oder nur zögerlich mit einer entsprechenden institutionellen Versorgung. Die Infrastruktur in der Kinderbetreuung und Kindererziehung ist nach wie vor, insbesondere im ländlichen Raum, mehr als mangelhaft und von großen regionalen Unterschieden gekennzeichnet. Familialisiert ist in Österreich aber nicht nur die Kinderbetreuung und Kindererziehung, sondern auch die Pflege alter Menschen. Der mit Abstand größte Teil – etwa 70 bis 85 Prozent – der Altenpflege und der Pflege von Menschen mit Behinderung wird innerhalb der Familie geleistet. Österreich wird deshalb als »öffentlich gefördertes, privates Pflegemodell« bezeichnet. Pflege wird vorwiegend privat und informell geleistet, aber aus öffentlichen Mitteln bezuschusst. Darüber hinaus liegt der Frauenanteil bei den pflegenden Angehörigen zwischen 65 und 80 Prozent – anders als die Männer pflegen sie im Haupterwerbsalter, Männer eher, wenn sie nicht mehr erwerbstätig sind.[35]

Dass der Sozialstaat kaum auf die Arbeitsmarktintegration von Frauen regiert hat, wird auch daran deutlich, dass bis heute 70 Prozent der gesamten Sozialausgaben in Österreich in Geldleistungen und nur 30 Prozent in Dienst- und Sachleistungen investiert werden. Dabei wird der größte Teil – etwas mehr als 70 Prozent – der Sach- und Dienstleistungen für den Gesundheitsbereich verwendet, im Bereich der Familienleistungen werden nur 27 Prozent für Dienst- und Sachleistungen ausgegeben.[36] Finanziert wird also das »Daheim-bleiben« von Frauen mit den dramatischen Konsequenzen, die das hat: ökonomische Abhängigkeit und Armut.

Gerade im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Arbeit werden aber auch Spaltungen zwischen Frauen verschiedener Klassen und Ethnien deutlicher. Nicht alle Frauen sind im Niedriglohn- und atypischen Segment angesiedelt, und zwar genauso wenig, wie alle Männer auf Seiten der Globalisierungsgewinner stehen. Insbesondere hochqualifizierte Frauen sind inzwischen in höhere Einkommensschichten vorgedrungen, auch wenn die »Gläserne Decke« immer noch dafür sorgt, dass es nicht allzu viele werden. Die ungebrochene Zuständigkeit von Frauen für den Reproduktionsbereich führt in den Paarbeziehungen von Gut- und Hochqualifizierten dazu, dass Versorgungsarbeit ausgelagert wird. Schon seit Ende der 1990er-Jahre wird diese Entwicklung mit der Herausbildung eines internationalen – vorwiegend weiblichen – »DienstbotInnenpersonals« und von internationalen Betreuungsketten in Zusammenhang gebracht.[37]

35 Vgl. Flecker / Hermann 2009, Seite 75; Mairhuber / Sardadvar 2017, Seite 4.

36 Vgl. BMASK 2017, Seite 163.

37 Vgl. Young 1998, Seite 138 f.; Hochschild 2001; Sauer 2006 [2001], Seite 72.

5 Bedingungen der Politisierung

Gesellschaftliche Grundwerte: Freiheit – Gleichheit

Damit kommen wir zu den politischen Konsequenzen und dazu, wie sich Geschlechterpolitik und Geschlechterverhältnisse im Kontext neoliberaler Modernisierung formieren. Wie schon ausgeführt wurde, war das Projekt der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe im sozialstaatlich regulierten Kapitalismus ein männliches Projekt. Dem Staat wurde aber eine bedeutende Rolle in der Regulierung sozialer Verhältnisse zugedacht; zentrale Werte waren die Prinzipen der Gleichheit und der sozialen Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder.[38]

Weil aber Klassenakteure die vorrangigen gesellschaftlichen Protagonisten dieses Modells waren (Sozialpartnerschaft), war der grundlegende Diskurs ein sozialer, der auf Gleichheit im Klassenverhältnis abzielte. Ethnizität[39] und Geschlecht[40] wurden – vorerst – nicht als Kategorien gefasst, die im politischen Diskurs und in der Ausgestaltung von Institutionen, so vor allem im Sozialstaat, eine Rolle spielten. Geschlechter- und ethnische Verhältnisse wurden vielmehr »mitverhandelt« – ohne dass sie als solche thematisiert worden wären oder die betroffenen Gruppen am Verhandlungstisch gesessen wären. Die sozialpartnerschaftliche Gestaltung des Wohlfahrtsstaates erzeugte so – wie schon angedeutet – ein spezifisches Geschlechter- und Migrations-/Integrationsregime (etwa durch Familienlohn, Hausfrauenehe, »Gastarbeiter«-Modell, Ius Sanguinis bzw. Abstammungsprinzip[41] etc.). Das etablierte eine Nachrangigkeit der Interessen von Frauen und MigrantInnen. Sozialer Fortschritt bestand wesentlich darin, das bürgerliche Familienmodell auf ArbeiterInnen der ethnischen Majorität auszudehnen. Es handelte sich also um eine Universalisierung der Bedürfnisse dieses Modellbürgers, die sich in den Institutionen des Sozialstaates, aber auch in der Lebensweise der Menschen niederschlugen.[42]

Gleichheit und soziale Inklusion als gesellschaftliche Grundwerte sind aber prinzipiell nicht beschränkbar (etwa auf das Klassenverhältnis), sondern auf alle sozialen Verhältnisse anwend-

38 Vgl. Jenson 1997, Seite 232.

39 Vgl. z.B. Karazman-Morawetz et al. 2000.

40 Vgl. z.B. Kreisky 1995 oder Cyba 2000.

41 Das Ius Sanguinis bzw. Abstammungsprinzip beruht darauf, dass Kinder die Staatsbürgerschaft der Eltern erhalten. Im Gegensatz dazu steht das Territorialprinzip, bei dem der Geburtsort ausschlaggebend ist.

42 Vgl. Jenson 1997, Seite 237; vgl. dazu auch Haug 1996 und Orloff 1993.

bar. Das setzten die Aktivistinnen der Frauenbewegung ein und richteten – unter Berufung auf diese Grundwerte – ihre Forderungen auch als Staatsbürgerinnen an den Staat, damit dieser sich mit ihnen »(…) gegen Formen privater Macht, sei es des Marktes, der Unternehmer oder individueller Männer verbünde«.[43] Ab den 1970er-Jahren kam es dann zu einer zunehmenden Feminisierung des Gehaltes bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte[44] (etwa durch Familien- und Eherechtsreformen, der Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruches, Gleichbehandlungsgesetzen in Bezug auf das Einkommen oder Quotenregelungen in politischen Parteien). Was ich festhalten möchte, aber hier nicht näher ausführen kann, ist, dass eine Politik der Inklusion im Bereich der Migration kaum bis gar nicht zum Tragen kommt.

Wie schon erwähnt wurde, waren erste Erfolge und Anstöße für demokratiepolitische Reformen, so insbesondere im Bereich der Geschlechterpolitik, eben dann zu verzeichnen, als der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus in eine ökonomische Krise geriet. Der Übergang von einer (dominant) keynesianischen zu einer monetaristischen Wirtschaftspolitik zog umfassende Veränderungen nach sich, die nicht von den sozialen Verhältnissen und normativen Werten isoliert betrachtet werden können.[45]

Mit der Verlagerung des Schwerpunktes wirtschaftlicher Dynamik – unter dem Einfluss der globalen Deregulierung der Finanzmärkte – vom Massenkonsum hin zu den Aktienmärkten verschwand auch eine wichtige Triebfeder für soziale Inklusion. Die Integration der Reproduktion der Arbeitskraft in den kapitalistischen Verwertungsprozess (durch Massenkaufkraft und Massenkonsum) wurde im neoliberalen Kapitalismus für die ökonomische Entwicklung nachrangig.[46]

Soziale Inklusion und Gerechtigkeit sind nun keine vorrangigen staatlichen Ziele mehr, sondern die Stärkung des Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb ist nun prioritär. Damit wurden – nicht nur die sozialen – StaatsbürgerInnenrechte beschränkt: Sie wurden individualisiert, also wieder stärker abhängig von Faktoren wie Bildung, Einkommen, Region und Mobilität –, und dies sind Ressourcen, die entlang von Geschlecht, Klasse und Ethnie ungleich verteilt sind.[47] Der Vorrang von Maßnahmen zur Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen gegenüber der Gleichberechtigung der StaatsbürgerInnen reduzierte den Raum, in dem BürgerInnen gemeinsam sozial und politisch handeln können und beschneidet auch politische Rechte. Gleichzeitig nimmt die Anerkennung und Legitimität von intermediären Verbänden (vor allem der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretung) deutlich ab, welche die Kluft zwischen den formalen StaatsbürgerInnenrechten und dem tatsächlichen Zugang zu diesen Rechten verringerten.[48] Überdies werden gerade die Interessenvertretungen der Arbeitneh-

43 Jenson 1997, Seite 239.
44 Vgl. ebenda, Seite 235, Seite 239; Jenson 1995.
45 Vgl. Jenson 1997, Seite 232 ff.
46 Vgl. Crouch 2008, Seite 17.
47 Vgl. Sauer 2006, Seite 69; Jenson 1997, Seite 244 f.
48 Vgl. Jenson / Phillips 1996, Seite 517; Aulenbacher / Riegraf 2012, Seite 65.

merInnen immer wieder massiv angegriffen, in Österreich etwa die Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer oder die Reduktion der Mitgliedsbeiträge.

Soziale Verhältnisse werden im Zuge der Individualisierung sozialer Problemlagen kaum noch als asymmetrische Machtverhältnisse im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion verstanden. Politische Regulierungen und Machtausgleich zugunsten des strukturell schwächeren Parts wurden damit obsolet. Als zentraler Wert kristallisierte sich ein individualistischer oder pervertierter Freiheitsbegriff heraus, der soziale Gleichheit nicht mehr als Voraussetzung von Freiheit für alle Menschen anerkennt.[49] Das ist ein ernsthafter Verlust, nicht nur für feministische, sondern alle emanzipatorischen Politiken.

Die Einverleibung und die Trennung von Kritik(en)

Wie ist es zu dieser Verschiebung oder der Abtrennung der Gleichheit von der Freiheit gekommen?

Die US-amerikanische Theoretikerin Nancy Fraser (2009) hat in ihrem Aufsatz »Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte« festgestellt, dass es eine eigenartige Verbindung zwischen Feminismus und Neoliberalismus gibt – und damit ist nicht gemeint, dass der Feminismus im Kern neoliberal sei, wie heute oft und gern im antifeministischen Diskurs argumentiert wird. Sie besteht, verkürzt gesprochen, darin, dass beide traditionelle verkrustete Strukturen aufbrechen möchten. Diese Verbindung besteht zu allen emanzipatorischen Bewegungen. Der neoliberale Kapitalismus hat sich die Freiheitsforderungen der sozialen Bewegungen einverleibt, sie umgeformt und insbesondere für die Organisation von Arbeit nutzbar gemacht. Viele von uns können (zu Recht) einer selbstbestimmten, weniger rigiden Arbeitsstruktur einiges abgewinnen. Problematisch ist das aber – für die meisten von uns –, wenn selbstbestimmtes Arbeiten nicht mehr mit sozialer Sicherheit verbunden ist.

Die beiden SoziologInnen Luc Boltanski und Ève Chiapello führen in ihrem Werk »Der neue Geist des Kapitalismus« (2003) aus, wie die kapitalistische Denkungsart Emanzipationsforderungen vereinnahmt hat. Dabei werden gleichzeitig Freiheitsgewinne und neue Unterdrückungsformen hervorgebracht: Was auf dem einen Gebiet zugestanden wird (z.B. mehr Autonomie im Arbeitsprozess), wird im anderen weggenommen (soziale Sicherheit). Emanzipationswünsche wurden der Marktlogik unterworfen und so kontrolliert.[50] Sie stellen fest, dass gerade die Kulturkritik[51] der 1960er-, 190er- und 1980er-Jahre auf Kosten der Sozialkritik geht. Unter den Bedingungen der Prekarisierung wird die versprochene Selbstbestimmung für viele

49 Vgl. Weiss 2012, Seite 129 ff.

50 Boltanski und Chiapello 2003 [1999], Seite 472.

51 Boltanski und Chiapello definieren in ihrem Werk zwei Arten von Kritik: Sie verwenden nicht den Begriff der Kulturkritik, sondern den der Künstlerkritik, die Freiheit, Autonomie und Authentizität fordert. Sozialkritik bezieht sich hingegen auf Solidarität, Sicherheit und Gleichheit, sie richtet sich gegen Ausbeutung und Ungleichheit.

aber wieder eingeschränkt. Was bleibt, ist eine Freiheit der Eliten, an deren Möglichkeiten sich ein individualistischer Freiheitsbegriff letztlich orientiert.

Es handelt sich aber nicht nur um eine Einverleibung von Kritik, sondern auch um eine »Trennung von Zusammenhängen« – nämlich dem Zusammenhang von Sozial- und Kulturkritik. Während die Sozialkritik des Feminismus weitgehend zum Verschwinden gebracht wurde, rückte die Kulturkritik in den Vordergrund. Eine Folge davon ist das, was Angelika Wetterer (2003) schon Anfang der 2000er-Jahre als »rhetorische Modernisierung« bezeichnete. Die Egalität der Geschlechter scheint kulturell anerkannt, und es wurde eine Reihe von Maßnahmen, so z.B. Gleichstellungsgesetze, Gender Mainstreaming, bzw. Institutionen, so z.B. Gleichbehandlungsanwaltschaften, Frauenabteilungen, geschaffen. Die soziale Praxis der Menschen (siehe etwa die Verteilung von Arbeit) hat sich aber kaum verändert. Es würde kaum jemand behaupten, dass Hausarbeit Frauenarbeit sei, die soziale Praxis spiegelt aber genau das wider. Zwischen dem, was über Geschlechterverhältnisse gedacht und gesagt wird, und dem alltäglichen Handeln tut sich also ein tiefer Bruch auf. Das erschwert aber die Chancen der Politisierung, denn es scheint alles getan. Das heißt aber auch: »Wer es jetzt nicht schafft, ist selber schuld!«

Emanzipatorische Frauenpolitik ist ganz wesentlich Sozial- und Umverteilungspolitik, die inzwischen aber weitgehend delegitimiert wurde. Was übrigbleibt, ist ein »Elitefeminismus«, der die breite Masse der Frauen längst aus den Augen verloren hat und sich als äußerst anschlussfähig an neoliberale Politikkonzepte erweist. Beispiel dafür ist etwa die lange Diskussion über Frauenquoten in Aufsichtsräten. Es ist – wenn auch nicht grundsätzlich falsch – eine Politik für eine privilegierte Gruppe von Frauen, die hierarchische Strukturen nicht grundsätzlich in Frage stellt und auf eine Gleichbehandlung im Gegebenen hinausläuft. Es ist eine Anpassung von Frauen an gegebene Strukturen, die für einen Großteil der Frauen nicht möglich und im Sinn einer emanzipatorischen Gesellschaftsgestaltung kaum wünschenswert ist.[52]

52 Vgl. Weiss 2012, Seite 188–196.

6 Perspektiven einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik

Was sind nun aber die Perspektiven einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik? Welche Perspektiven der Politisierung ergeben sich vor diesem Hintergrund für emanzipatorische, feministische Politik? Die beschriebenen Vereinnahmungsmechanismen oder die »Entwaffnung der Kritik«, wie sie Boltanksi und Chiapello (2003) beschreiben, betreffen auch Geschlechterpolitik und Feminismus. Es ist ein »Erfolg« neoliberaler Politik, dass Diskussionen über Geschlechterverhältnisse heute weitgehend unter Absehen von den Kategorien »Klasse« und »Ethnizität« stattfinden und damit Fragen der Umverteilung weitgehend ausgeklammert werden.

Diese Vereinnahmung der Kritik ist aber nicht »programmiert«, sie entsteht vielmehr in einem Prozess der Desartikulation oder Trennung von gesellschaftlichen Zusammenhängen und Kritiken. Nicht von ungefähr bemerkte Regina Becker-Schmidt (2001): »Was mit Macht getrennt wird, gehört gesellschaftlich zusammen.« Die von Boltanski und Chiapello nahegelegte Distanz von Freiheit und Gleichheit reproduziert die (alte) (neo-)liberale Entgegensetzung dieser beiden Formen von Kritik. Nun ist aber auch – und gerade aus einer feministischen Perspektive und der Geschichte der sozialen Bewegungen heraus – deutlich, dass sich Freiheit und Gleichheit gegenseitig bedingen und in dem Sinn Umverteilungs- und Anerkennungspolitiken zusammengehören.

Zugegebenermaßen sind die Bedingungen für eine emanzipatorische Geschlechterpolitik nicht eben günstig, nicht zuletzt, weil wir mit einer radikalen Individualisierung und einer Banalisierung sozialer Verhältnisse, insbesondere was das Geschlechterverhältnis anbelangt, konfrontiert sind: Angezeigt wird dies nicht zuletzt durch einen sich ausbreitenden Antifeminismus. Teil davon sind auch die vielfältigen Diskurse über eine »Männlichkeitskrise«, ausgelöst durch eine »überschießende«, die Verhältnisse scheinbar schon verkehrende Frauenpolitik. Es ist dies eine historische immer wiederkehrende Strategie der »Resouveränisierung« zur Stabilisierung männlicher Herrschaft, die in manchen gesellschaftlichen Bereichen in Frage steht.[53]

Um dem zu begegnen, lohnt es sich Anleihen aus der Politisierungsgeschichte der Neuen Frauenbewegung zu nehmen bzw. diese in Erinnerung zu rufen. Nancy Fraser (2009) brachte

53 Vgl. Weiss 2013.

in dem bereits erwähnten Artikel dieses Vermächtnis der Neuen Frauenbewegung wieder in Erinnerung. Es ist ein »dreidimensionales Gerechtigkeitsverständnis«, auf das die Bewegung politisch und theoretisch abstellte. Die Sphären von Ökonomie, Politik und Kultur, ihre Verwobenheit und ihr Durchdrungen-Sein von sexistisch-patriarchalen Herrschaftsverhältnissen waren Ausgangspunkt der Politisierung. Es gilt, diese drei Sphären wieder zusammenzudenken in ihrer Auswirkung auf das Geschlechterverhältnis. Und es geht um eine deutliche Sprache, die die Widersprüche im Leben der Frauen aufzeigt.

Um es ein wenig herunterzubrechen und deutlich zu machen: Die Begrifflichkeit der mangelnden Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine Verdeckung und Beschönigung der Lebensrealitäten von Frauen. Was an Macht und Unterwerfung darin liegt, wird neutralisiert oder zum Verschwinden gebracht. Denn die mangelnde Bereitstellung sozialer Dienste geht mit einer Mobilisierung von vor allem geringqualifizierten und unterprivilegierten Frauen als billige Arbeitskräfte für atypische, deregulierte, flexible Arbeitsverhältnisse einher, die in der Regel keine Existenzsicherung ermöglichen. Ein Großteil der Frauen bleibt also auf Ehe oder Partnerschaft als zweitem Standbein sozialer Sicherung verwiesen. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik setzt dem wenig entgegen – denn die Frage, wie Arbeitsverhältnisse aussehen, ist eine politische Gestaltungs- und eine Machtfrage. Die Folgen sind Armut und / oder ökonomische Abhängigkeit von Frauen, und das ist eine Verweigerung weiblicher Autonomie, die allzu oft das Verbleiben in nicht mehr gewollten oder sogar Gewaltbeziehungen zur Folge hat.

Daran wird deutlich, wie diese drei Sphären von Politik, Ökonomie und Kultur ineinandergreifen, hier also wie eine an Geldleistungen und einem bestimmten Familienideal orientierte Sozialpolitik (jenseits der Lebensrealitäten der Menschen) Formen der Deregulierung von Arbeitsmärkten stützen, weil sie die Entscheidungsspielräume der für Reproduktionsarbeit verantwortlichen Frauen durch ein mangelhaftes Betreuungsangebot beschneiden. Die Zuweisung von Reproduktionsarbeit an Frauen und ihre ökonomische Abhängigkeit reproduzieren wiederum männliche Herrschaft.

Familien- und Sozialpolitik denkt Frauen nach wie vor kaum als autonome Individuen, sondern als zu einem Mann gehörig, und Frauen haben selbstverständlich gelernt sich selbst so zu sehen. Was über Jahrzehnte als Normalität gilt, wird schließlich als »natürliches Bedürfnis« angeeignet, im Sinne einer persönlichen Verarbeitung von gesellschaftlichen Widersprüchen. Deshalb nehmen Frauen so selbstverständlich die sozialen Risiken von Familiengründung einseitig auf sich. Für Frauen ist die Karenz bei der Geburt eines Kindes Selbstverständlichkeit, für Männer eine Option – diesem Faktum entsprechend sind nach wie vor nur 4,2 Prozent der KindergeldbezieherInnen Männer.[54] Um Zahlen zu nennen, die die Folgen dessen zum Ausdruck bringen: 2015 lag der Median der Pensionseinkommen von Frauen in Österreich bei 872 Euro und betrug damit 53 Prozent der mittleren Pensionseinkommen von Männern (1.636 Euro).[55]

54 Vgl. Statistik Austria 2017d.

55 Vgl. Statistik Austria 2017e.

Zentrale Bezugspunkte für eine Egalisierung und Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse sind die Lösung des Widerspruches zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, die Entgeschlechtlichung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die Entökonomisierung des Selbst[56] und der Sozialbeziehungen – auch im Sinne einer Beschränkung der Macht des Marktes, den Kern einer emanzipatorischen Sozialpolitik.[57]

Es gibt einige konkrete Maßnahmen, die in den letzten Jahren oder Jahrzehnten immer wieder diskutiert wurden und in diese Richtung weisen, von der gegenwärtigen Politik aber oft in den Bereich des Utopischen verwiesen werden. Da wäre eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die nicht nur gleichstellungs-, sondern auch arbeitsmarkt- und gesundheitspolitisch angeraten ist. Eine Diskussion über die Bewertung von Arbeit, auch über sozial und ökologisch destruktive Aspekte von profitorientierter Erwerbsarbeit auf der einen und gesellschaftlich notwendiger Arbeit in Erziehung, Pflege etc. auf der anderen Seite ist quasi schon ein antikes Stück im Museum feministischer Kämpfe. Vieles von dem was in unserer Gesellschaft hochbewertet und hochbezahlt wird, hat äußerst negative Folgen – Waffen- oder Überwachungstechnologien können gewissermaßen als Spitze des Eisberges betrachtet werden. Ein massiver Ausbau der sozialen Infrastruktur ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch sinnvoll, wie eine Studie der Arbeiterkammer Wien eindrucksvoll zeigt.[58] Gerade für Frauen und im Hinblick auf die sich in den kommenden Jahren noch verschärfende Altersarmut wäre auch die Überlegung alle Beschäftigungsverhältnisse wieder in die Sozialversicherung zu integrieren, ein Schritt in die richtige Richtung.

Und letztlich braucht es auch eine – schon sehr lange diskutierte – »Ent-Maskulinisierung« politischer Strukturen – in einem inhaltlichen und in einem personellen Sinn. Zum einen müssen Frauen selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden können. Obwohl die Diskussion schon Jahrzehnte alt ist, sind politische Parteien, Verbände und die Sozialpartnerschaft nach wie vor dominant männlich besetzt. Aber es geht auch um ein inhaltliche »Ent-Maskulinisierung«, denn wie gezeigt wurde, orientieren sich politische Maßnahmen – sei es in der Sozialpolitik oder in der Wirtschaftspolitik – in der Regel an männlichen Lebensentwürfen und Bedürfnissen, die über die Jahrzehnte als »neutrale« allgemein-menschliche Bedürfnisse normalisiert wurden, während Frauen mit ihren Bedürfnissen (etwa die Kinderbetreuung betreffend) immer wieder als Sonderfälle von nachrangiger Bedeutung marginalisiert werden können.

Es sind also drei Ebenen angesprochen: (1) die von Ökonomie (Regulierung von Ökonomie, Arbeitsorganisation und Einkommen), (2) die der (wohlfahrtsstaatlichen) Politik, insbesondere der Sozial- und Familienpolitik, die den Ansprüchen und Lebensrealitäten von Frauen und auch Männern immer weniger gerecht werden, und (3) die der kulturellen Leitbilder, der Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen sowie der individuellen Gestaltung und der Aushandlungsprozesse zwischen Frauen und Männern im Alltag von Beziehungen.

56 Vgl. Michalitsch 2012, Seite 58.

57 Vgl. Esping-Andersen 1998.

58 Vgl. Buxbaum 2014.

Feminismus oder feministische Politik kann nur eine Befreiungsperspektive für die breite Masse der Frauen sein, wenn diese Ebenen von Ökonomie, Politik und (Alltags-)Kultur zusammengebunden werden. Wird die Umverteilungspolitik nicht wieder ins Zentrum gerückt und mit Anerkennungspolitik verbunden, läuft feministische Politik weitgehend ins Leere. Der Leugnung von klassenförmiger Ungerechtigkeit im neoliberalen Kapitalismus kann nicht einer Renaissance des ökonomischen »Hauptwiderspruches« begegnet werden, wie es in den Jahren seit der Krise wieder öfter zu hören ist. Es geht um eine Synthese von Sozial- und Kulturkritik, von Umverteilungs- sowie Anerkennungs- und Anti-Diskriminierungspolitik. Es gilt aber auch, die übergeordneten Herrschaftsverhältnisse entlang der Kategorien von Geschlecht, Klasse, Ethnizität / »Rasse«, ihre Zusammenhänge und ihren Formenwandel in der Geschichte des Kapitalismus zu analysieren.[59]

Das ist ein anspruchsvolles theoretisches und politisches Programm, und es ist der Kern einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik, damit Frauen nicht mehr ein Schicksal bekommen, sondern eines erleben können.

59 Vgl. Klinger 2008, Seite 55.

7 Literatur

Aulenbacher, Brigitte / Riegraf, Birgit (2012): »Jung kaputt spart Altersheim.« Arbeit und Daseinsfürsorge, Gleichheit und Gerechtigkeit im postfordistischen Arbeitsgesellschaften. In: Bettina Kubicek / Marlene Miglbauer / Johanna Muckenhuber / Claudia Schwarz (Hg.): Arbeitswelten im Wandel. Interdisziplinäre Perspektiven der Arbeitsforschung, Wien, Seite 63–79.

Becker-Schmidt, Regina (2001): Was mit Macht getrennt wird, gehört gesellschaftlich zusammen: zur Dialektik von Umverteilung und Anerkennung in Phänomenen sozialer Ungleichstellung. In: Gudrun-Axeli Knapp / Angelika Wetterer (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter: Gesellschaftstheorie und feministische Kritik (Forum Frauenforschung, Band 13). Münster, Seite 91–131.

BMASK (2017): Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015–2016. Sozialpolitische Analysen, Wien.

Bologna, Sergio (2006): Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur Neuen Selbständigkeit, Graz / Wien.

Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003 [1999]): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Bourdieu, Pierre (1997). Die fortschrittlichen Kräfte. In: Pierre Bourdieu / Claude Debons / Detlef Hensche / Burkart Lutz u.a. (Hg.): Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat, Hamburg, Seite 11–25.

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft, Frankfurt am Main.

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main.

Buci-Glucksmann, Christine / Therborn, Göran (1982): Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesinaisierung« der Gesellschaft, Hamburg.

Burkart, Günter (2012): Boltanski / Chiapello: Ein feministischer Geist im neuen Kapitalismus? In: Heike Kahlert / Christine Weinbach (Hg.): Zeitgenössische Gesellschaftstheorien und Genderforschung. Gesellschaftstheorien und Gender, Wiesbaden, Seite 149–171.

Buxbaum, Adi (Hg.) (2014): Perspektiven für sozialen Fortschritt. Sozialinvestitionen haben eine Mehrfachdividende, Wien.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main.

Cyba, Eva (2000): Geschlecht und soziale Ungleichheit. Konstellationen der Frauenbenachteiligung, Opladen.

Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main, Seite 21–86.

Dörre, Klaus (2007): Prekarisierung und Geschlecht. Ein Versuch über unsichere Beschäftigung und männliche Herrschaft in nachfordistischen Arbeitsgesellschaften. In: Brigitte Aulenbacher et al. (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, Wiesbaden, Seite 285–301.

Esping-Andersen, Gøsta (1998 [1990]): The three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton / New Jersey.

Eurostat (2017): Beschäftigungsstatistik, Internet: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Employment_statistics/de#Teilzeitbesch.C3.A4ftigung

Flecker, Jörg / Hermann, Christoph (2009): Das österreichische Beschäftigungsmodell im Spiegel von Branchenanalysen. In: Christoph Hermann / Roland Atzmüller (Hg.): Die Dynamik des »österreichischen Modells«. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin, Seite 73–91.

Fraser, Nancy (2001a [1997]): Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats, Frankfurt am Main.

Fraser, Nancy (2009): Feminism, Capitalism and the Cunning of History. In: New Left Review, H 2, Nr. 56, pp. 97–117.

Guger, Alois et al. (2009): Umverteilung durch den Staat in Österreich (WIFO), Wien.

Haug, Frigga (1996): Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung. In: Frigga Haug (Hg.): Frauen-Politiken, Berlin / Hamburg, Seite 155–175.

Haug, Frigga (2000): Globale Umbrüche und Geschlechterverhältnisse. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Globalisierung und Geschlecht. Anforderungen an feministische Perspektiven und Strategien, Berlin, Seite 68–81.

Hayek, Friedrich August von (1945): Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach / Zürich.

Hochschild, Arlie Russel (2001): Globale Betreuungsketten und emotionaler Mehrwert. In: Will Hutton / Anthony Giddens (Hg.): Die Zukunft des globalen Kapitalismus. Frankfurt am Main (u.a.), Seite 157–176.

Jenson, Jane (1995): Extending the Boundaris of Citizenship: Women's Movement of Western Europe. In: Amrita Basu (ed.): The Challenge of Local Feminism. Women's Movement in Global Perspective, Boulder / San Francisco / Oxford, pp. 405–434.

Jenson, Jane (1997): Die Reinstitutionalisierung der Staatsbürgerschaft. In: Steffen Becker / Thomas Sablowski / Wilhelm Schumm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Berlin / Hamburg, Seite 232–247.

Jenson, Jane / Phillips, Susan (1996): Staatsbürgerschaftsregime im Wandel – oder: Die Gleichberechtigung wird zu Markte getragen. Das Beispiel Kanada. In: Prokla, Jahrgang 26, Heft 4, Seite 515–542.

Kammer für Arbeiter und Angestellte (2006): AK Frauenbericht 1995–2005. Arbeit – Chancen – Geld, Wien.

Karazman-Morawetz, Inge / Pelikan, Christa / Pilgram, Arno (2000): Die politische Thematisierung von sozialer Exklusion in Österreich. In: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 2000. Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr, Baden-Baden.

Khazen, Catherin (1997): Frauenbeschäftigungspolitik und institutionelle Kinderbetreuung in Österreich, Dipl. phil., Wien.

Klinger, Cornelia (2008): Überkreuzende Identitäten – Ineinandergreifende Strukturen. Plädoyer für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte. In: Cornelia Klinger / Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): ÜberKreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz, Münster, Seite 38–67.

Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus, Münster.

Koppetsch, Cornelia / Speck, Sarah (2015): Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist, Frankfurt am Main.

Kreisky, Eva (1995): Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung. In: Eva Kreisky / Birgit Sauer (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, Frankfurt am Main / New York, Seite 203–222.

Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: Prokla, Jahrgang 30, Heft 4, Seite 489–525.

Mairhuber, Ingrid / Sardadvar, Karin (2017): Erwerbstätige pflegende Angehörige in Österreich: Herausforderungen im Alltag und für die Politik, Wien, Internet: www.forba.at/data/downloads/file/1234-FB_01_2017.pdf.

Michalitsch, Gabriele (2012): Geschlechter regieren – Geschelchter reproduzieren. Arbeit, Ökonomie und ihre Krisen. In: Bettina Kubicek / Marlene Miglbauer / Johanna Muckenhuber / Claudia Schwarz (Hg.): Arbeitswelten im Wandel. Interdisziplinäre Perspektiven der Arbeitsforschung, Wien, Seite 45–62.

Münz, Rainer / Neyer, Gerda (1986): Frauenarbeit und Mutterschutz in Österreich. Ein historischer Überblick. In: Rainer Münz / Gerda Neyer / Monika Pelz (Hg.): Arbeitsmarktpolitik. Frauenarbeit, Karenzurlaub und berufliche Wiedereingliederung, Wien, Seite 13–76.

Nowak, Iris (2002): Feminismus für die Elite – Familie fürs Volk. In: Das Argument, Jahrgang 44, Heft 4, Seite 459–472.

Orloff, Ann Shola (1993): Gender and the social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: American Sociological Review, Volume 58, Nr. 3, June, pp. 303–328.

Pongratz, Hans J. / Voß, G. Günter (2004 [2003]): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen, Hans Böckler Stiftung, Band 47, Berlin.

Sauer, Birgit (2006 [2001]): »Feminisierung« eines männlichen Projekts? Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung. In: Erna Appelt / Alexandra Weiss (Hg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Hamburg, Seite 67–83.

Schultheis, Franz (2013): Über Leben in der neuen Arbeitswelt: subjektive Zeugnisse und soziologische Diagnosen. In: Alexandra Weiss (Hg.): Unternehmerisch und erschöpft? Anforderungen und Widersprüche von Arbeit und Lebensgestaltung, Wien, Seite 61–79.

Scott, Joan W. (1994): Die Arbeiterin. In: Geneviève Fraisse / Michelle Perrot (Hg.): Geschichte der Frauen. 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main / New York, Seite 451–479.

Statistik Austria (2011): Teilzeit und Teilzeitquote im Zeitvergleich seit 1974, Internet: www.statistik.at.

Statistik Austria (2017a): Bruttojahreseinkommen von Frauen und Männern 2016, Internet: www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/033265.html.

Statistik Austria (2017b): Erwerbstätige und unselbständig Erwerbstätige nach Vollzeit / Teilzeit und Geschlecht seit 1994, Internet: www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit_teilzeitquote/index.html.

Statistik Austria (2017c): Kinderbetreuungsquoten nach Einzeljahren 2016, Internet: www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/021658.html.

Statistik Austria (2017d): Kindergeldbezieherinnen und -bezieher nach Geschlecht 2008 bis 2016, Internet: www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/sozialleistungen_auf_bundesebene/familienleistungen/058447.html.

Statistik Austria (2017e): Pensionseinkommen in der gesetzlichen Pensionsversicherung im Dezember 2015, Internet: www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/pensionen/075959.html.

Thurner, Erika (1995): Die stabile Innenseite der Politik. Geschlechterbeziehungen und Rollenverhalten. In: Thomas Albrich / Klaus Eisterer / Michael Gehler / Rolf Steiniger (Hg.): Österreich in den Fünfzigern, Innsbruck / Wien, Seite 53–66.

Unger, Brigitte (1999): Österreichs Wirtschaftspolitik: Vom Austro-Keynesianismus zum Austro-Neoliberalismus? In: Ferdinand Karlhofer / Emmerich Tálos (Hg.): Zukunft der Sozialpartnerschaft. Veränderungsdynamik und Reformbedarf, Wien.

Voß, G. Günter / Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, Seite 131–158.

Weiss, Alexandra (1998): Frauengeschichte – eine eigene Geschichte. Ein Überblick sozialer und politischer Aspekte weiblicher Lebenszusammenhänge von 1945 bis heute am Beispiel Tirols, Dipl. 1998. Publiziert als: Rosenberger Siglinde / Alexandra Weiss (1999). Frauen – eine eigene Geschichte. In: Michael Gehler (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer von 1945 bis 1995. Tirol. »Land im Gebirge.« Zwischen Tradition und Moderne, Wien / Köln / Weimar 1999, Seite 315–376.

Weiss, Alexandra (2012): Regulation und Politisierung von Geschlechterverhältnissen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus, Münster.

Weiss, Alexandra (2013): »Geschlechterkampf« – Inszenierungen von Frauenmacht und Männerleid. In: Birgit Riegraf / Heike Kahlert / Brigitte Liebig / Martina Peitz / Hanna Hacker / Rosa Reitsamer (Hg.) Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven, Münster, Seite 37–57.

Weiss, Alexandra / Gensluckner, Lisa (2012): »Du wirst einfach an den Rand gedrängt.« Individualisierung sozialer Ausgrenzung. Forschungsbericht eines Lehrforschungsprojektes im Rahmen des Masterstudienganges Soziale Arbeit am Management Center Innsbruck, www.a-weiss.net/downloads/Forschungsbericht_Soziale_Ausgrenzung.pdf.

Wetterer, Angelika (2002): Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. »Gender at Work« in theoretischer und historischer Perspektive, Konstanz.

Wetterer, Angelika (2003): Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Gudrun-Axeli Knapp / Angelika Wetterer (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II, Münster, Seite 286–319.

Young, Brigitte (1998): Politik und Ökonomie im Kontext von Globalisierung. Eine Geschlechterkritik. In: Eva Kreisky / Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Sonderheft 28 / 1997, Seite 137–154.

Anhang

Von der industriellen Reservearmee zur Ich-AG. Frauenarbeit im Strukturwandel des Kapitalismus (Folienvortrag)

Anlässlich des AMS-Forschungsgespräches »Frauen im Fokus von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik«, AMS Tirol, Innsbruck, 19. Jänner 2018.



Von der industriellen Reservearmee zur Ich-AG

Frauenarbeit im Strukturwandel des Kapitalismus

Dr. Alexandra Weiss

AMS-Forschungsgespräch 19. Jänner 2018

Einleitung

wenn einer ein schicksal erlebt, dann nicht hier.
wenn einer ein schicksal hat, dann ist es ein mann.
wenn einer ein schicksal bekommt, dann ist es eine frau.

(Elfriede Jelinek, Die Liebhaberinnen, 1975)

Gliederung

1. Geschlechtliche Arbeitsteilung im sozialstaatlich organisierter Kapitalismus
2. Strukturwandel der Arbeit und Geschlecht
   - Krise der Reproduktion
   - Exkurs: Geschlechtliche Identität und Arbeit
3. Bedingungen der Politisierung
   - Gesellschaftliche Grundwerte: Freiheit – Gleichheit
   - Die Einverleibung und die Trennung von Kritik(en)
4. Perspektiven einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik

1. Sozialstaatlicher Kapitalismus

1. Proletarischer Patriarchalismus und bürgerliches Familienmodell
2. „Hausfrauisierung" der ArbeiterInnen und Zuverdienstlöhne
3. Doppelte Vergesellschaftung von Frauen

1. Sozialstaatlicher Kapitalismus

1. Ideologie des Familialismus
2. Reproduktionsarbeit löst Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaften
3. Männlicher Familienlohn konstituiert Frauen als Reservearmee
4. Familienlohn sichert männliche Macht in der Familie

2. Strukturwandel der Arbeit

Welche Veränderungen ergeben sich im Übergang vom sozialstaatlich regulierten zum neoliberalen Kapitalismus?

1. Wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel: von der Nachfrage- zur Angebotsorientierung (Kostenersparnis für Unternehmen)
2. Budgetkonsolidierung mit ausgabenseitiger Sparpolitik
3. Atypisierung von Arbeitsverhältnissen – trifft v.a. Frauen

2. Strukturwandel der Arbeit

Entwicklung der Teilzeitquote von Frauen seit 1974

Jahr	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2010	2015
Gesamt	7,1	7,5	7,1	8,8	12,8	16,4	20,7	24,5	25,0	28,3
Frauen	17,5	17,8	16,2	20,1	25,8	33,0	39,4	43,5	44,3	47,5
Männer	1,2	1,5	1,4	1,6	3,0	3,3	4,6	7,3	7,3	11,2

2. Strukturwandel der Arbeit

Krise der Reproduktion – mangelnde Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit

1. Familialisierung von Pflege und Kinderbetreuung
2. Dominanz von Geldleistungen im österreichischen Sozialstaat
3. Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern

2. Strukturwandel der Arbeit

Der „Arbeitskraftunternehmer" als „Sozialfigur" des neoliberalen Kapitalismus.

Charakteristika:

1. Selbst-Kontrolle
2. Selbst-Ökonomisierung
3. Selbst-Rationalisierung

2. Strukturwandel der Arbeit

Arbeit und geschlechtliche Identität – wie wirkt Prekarisierung auf die Geschlechterordnung?

1. Traditionelle Vorstellungen von bleiben bestehen: Verlust der „Ernäherer-Position" wird von Männern häufig als „Entmännlichung" empfunden, die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit von Frauen als „Entweiblichung"
2. Haben Männer nicht mehr die Ernäherer-Rolle inne, wird das meist heruntergespielt
3. Egalitärere Verteilung der unbezahlten Arbeit gelingt meist bei Paaren aus dem Arbeitermilieu, weniger bei höher Qualifizierten

3. Bedingungen der Politisierung

Verschiebung gesellschaftlicher Grundwerte: Freiheit vs. Gleichheit

1. Soziale Inklusion und Gerechtigkeit verlieren an Bedeutung
2. Soziale Verhältnisse werden individualisiert
3. Gleichheit wird nicht mehr als Voraussetzung für Freiheit betrachtet.

3. Bedingungen der Politisierung

Die Einverleibung und die Trennung von Kritik(en)

1. Verbindungen zwischen Feminismus und Neoliberalismus?
2. Der „Neue Geist des Kapitalismus" vereinnahmt die Freiheitsrevolte der 68er
3. Feministische Sozialkritik wird von der Kulturkritik abgetrennt:
    - Rhetorische Modernisierung
    - Elitefeminismus

4. Perspektiven

Dreidimensionales Gerechtigkeitsverständnis als politischer und theoretischer Anspruch feministischer Gesellschaftsgestaltung

1. Verwobenheit von Ökonomie, Politik und Kultur und ihr Durchdrungen-Sein von kapitalistisch-patriarchalen Herrschaftsverhältnissen
2. Die Wirksamkeit der „großen Strukturen" im Leben der Frauen (und Männer) aufspüren und politisieren
3. Zusammenbringen von Sozial- und Kulturkritik

4. Perspektiven

Emanzipatorische Geschlechterpolitik: Ansetzten auf 3 Ebenen:

1. Lösung des Widerspruchs zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit
2. „Entgeschlechtlichung" bezahlter und unbezahlter Arbeit
3. Ent-Ökonomisierung des Selbst und der Sozialbeziehungen

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Dr. Alexandra Weiss
Politikwissenschafterin
alexandra.weiss@uibk.ac.at
http://www.a-weiss.net/

www.ams.at/karrierekompass
www.ams.at/berufsinfo

… sind die Internet-Adressen für Berufsinformationen

Unter den oben genannten Internet-Adressen stehen Ihnen aktuelle Berufsinformationen per Knopfdruck zur Verfügung. Hier finden Sie unter anderem:

- Informationen über die BerufsInfoZentren des AMS und deren Angebot.
- Eine Auflistung aller BerufsInfoBroschüren des AMS sowie Hinweise, welche Broschüren Sie downloaden können.
- Programme, die Sie bei Ihrer Berufs- und Bildungsentscheidung unterstützen.
- Datenbanken, mit denen Sie die Berufs- und Bildungswelt per Mausklick erobern.

EIN BESUCH IM NETZ LOHNT SICH ALLEMAL!!!

Beispiele der Online-Infos des AMS

Benötigen Sie eine Orientierungshilfe für Ihre Berufswahl, ist der *Berufskompass* die richtige Adresse.

Das *AMS-Qualifikationsbarometer* zeigt Ihnen, in welchen Berufsbereichen Arbeitskräfte nachgefragt werden und mit welchen Qualifikationen Sie punkten.

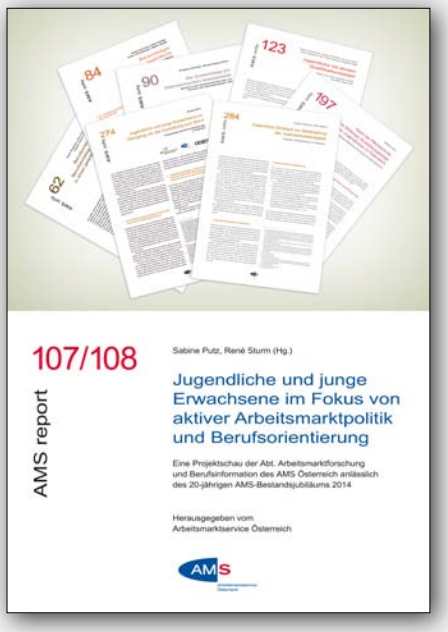
Im *AMS-Berufsinformationssystem* erfahren Sie, welche Qualifikationen in Ihrem Beruf derzeit gefragt sind, mit welchen Arbeitsbelastungen Sie rechnen müssen und welche Berufsalternativen Ihnen offenstehen.

Im *AMS-Berufslexikon* online können Sie detaillierte Beschreibungen einer Vielzahl von Einzelberufen aus allen Bildungsebenen aufrufen.

Die *AMS-Weiterbildungsdatenbank* bietet einen Überblick über Weiterbildungsmöglichkeiten, Ausbildungsträger und Kurse in ganz Österreich.

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



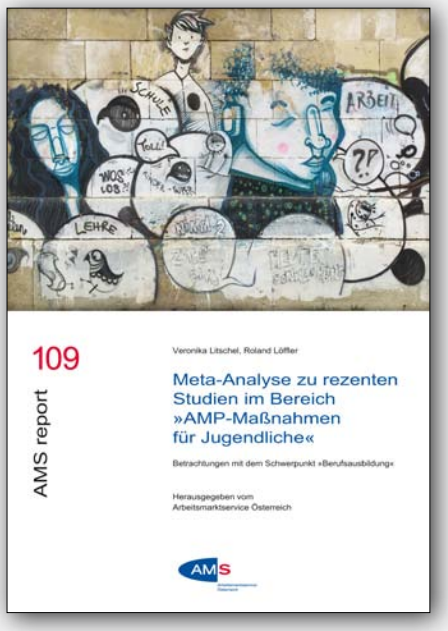
AMS report 107/108

Sabine Putz, René Sturm (Hg.)

Jugendliche und junge Erwachsene im Fokus von aktiver Arbeitsmarktpolitik und Berufsorientierung

Eine Projektschau der Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation des AMS Österreich anlässlich des 20-jährigen AMS-Bestandsjubiläums 2014

ISBN 978-3-85495-583-9



AMS report 109

Veronika Litschel, Roland Löffler

Meta-Analyse zu rezenten Studien im Bereich »AMP-Maßnahmen für Jugendliche«

Betrachtungen mit dem Schwerpunkt »Berufsausbildung«

ISBN 978-3-85495-585-5

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 110

Karin Bachinger, Andrea Dorr, Eva Heckl

Maßnahmen zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz

Good-Practice-Beispiele an der Schnittstelle »Schule – Beruf«

ISBN 978-3-85495-586-3



AMS report 111

Christoph Helm

Reziproke Effekte zwischen wahrgenommenem LehrerInnenverhalten, intrinsischer Motivation und der SchülerInnenleistung im Fach »Rechnungswesen«

ISBN 978-3-85495-5

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 112

Regina Haberfellner

Zur Digitalisierung der Arbeitswelt

Globale Trends – europäische und österreichische Entwicklungen

ISBN 978-3-85495-588-X



AMS report 113

Sabine Putz, Hilde Stockhammer, René Sturm (Hg.)

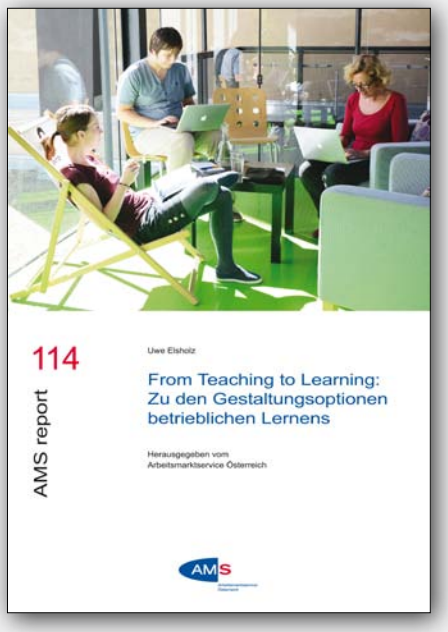
Geschlecht, Berufswahl und Arbeitsmarkt

Eine aktuelle Projektschau der Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation und der Abt. Arbeitsmarktpolitik für Frauen des AMS Österreich

ISBN 978-3-85495-589-8

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 114

Uwe Elsholz

From Teaching to Learning: Zu den Gestaltungsoptionen betrieblichen Lernens

ISBN 978-3-85495-590-1



AMS report 115

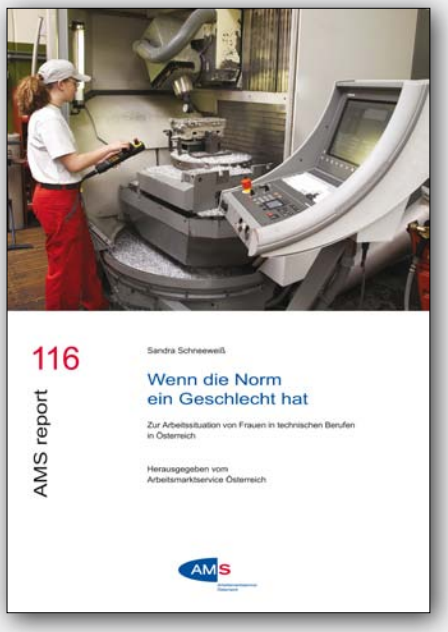
Winfried Moser, Korinna Lindinger, Caterina Hannes

Früher Schulabgang in Österreich: Zur Rolle der Ausbildungsstruktur und des Migrationshintergrundes

ISBN 978-3-85495-591-X

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 116

Sandra Schneeweiß

Wenn die Norm ein Geschlecht hat

Zur Arbeitssituation von Frauen in technischen Berufen in Österreich

ISBN 978-3-85495-592-8



AMS report 117

Andrea Dorr, Christina Enichlmair, Eva Heckl, Petra Ziegler

IKT-Kompetenzen im Fokus der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Initiativen und Good Practices für Niedrig- und Mittelqualifizierte vor dem Hintergrund von PIAAC: Österreich im internationalen Vergleich

ISBN 978-3-85495-593-6

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 118

Andrea Egger-Subotitsch, Claudia Liebeswar, Larissa Bartok (abif), Andreas Riesenfelder (L&R) & Monika Rauscher (move-ment)

Validität der Feststellung des Beschäftigungspotenzials anhand von AMS- und HV-Verbleibsdaten

ISBN 978-3-85495-594-4



AMS report 119

Monira Kerler, Martin Stark

Beratung mit Wirkung

Die Effekte der Berufsberatung von BerufsInfoZentren (BIZ) des AMS am Beispiel von Burgenland und Tirol

ISBN 978-3-85495-595-2

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 120/121

Regina Haberfellner, René Sturm

Die Transformation der Arbeits- und Berufswelt

Nationale und internationale Perspektiven auf (Mega-)Trends am Beginn des 21. Jahrhunderts

ISBN 978-3-85495-596-0



AMS report 122

Ferdinand Lechner, Walter Reiter, Petra Wetzel, Barbara Willsberger

Die experimentelle Arbeitsmarktpolitik der 1980er- und 1990er-Jahre in Österreich

Rückschlüsse und Perspektiven für Gegenwart und Zukunft der aktiven Arbeitsmarktpolitik

ISBN 978-3-85495-598-7

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 123/124

Karin Steiner, Monira Kerler

Trends und Bedarfe in der österreichischen Bildungs- und Berufsberatung

ISBN 978-3-85495-599-5



AMS report 125

Ernst Gittenberger, Eva Heckl

Einzelhandel – Quo vadis? Am Beispiel Oberösterreich

ISBN 978-3-85495-601-0

Aktuelle Publikationen der Reihe AMS report

Download unter www.ams-forschungsnetzwerk.at im Menüpunkt »E-Library«



AMS report 126

Andrea Egger-Subotitsch, Martin Stark

Inklusionsbetriebe in Deutschland – Analysen und Rückschlüsse für Österreich

ISBN 978-3-85495-602-9



AMS report 127

Regina Haberfellner, Brigitte Hueber

Arbeitsmarkt- und Berufstrends im Gesundheitssektor unter besonderer Berücksichtigung des medizinisch-technischen Bereiches

ISBN 978-3-85495-603-7

Inhalt:

1 Einleitung
2 Geschlechtliche Arbeitsteilung im sozialstaatlich organisierten Kapitalismus
3 Strukturwandel der Arbeit und Geschlecht
Exkurs: Geschlechtliche Identität und Arbeit
4 Krise der Reproduktion
5 Bedingungen der Politisierung
Gesellschaftliche Grundwerte: Freiheit – Gleichheit
Die Einverleibung und die Trennung von Kritik(en)
6 Perspektiven einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik
7 Literatur

www.ams-forschungsnetzwerk.at
… ist die Internet-Adresse des AMS Österreich
für die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Qualifikationsforschung



P.b.b.
Verlagspostamt 1200

ISBN 978-3-85495-605-3